

SINGAPUR

DR. BEATRICE GORAWANTSCHY
KATHARINA NAUMANN

4. Juli 2016

www.kas.de

www.kas.de/politkdialog-asien

Australien hat gewählt: Regierungsbildung ungewiss

Am 2. Juli waren knapp 16 Mio. Wahlberechtigte in Australien aufgerufen, ihre Stimme für die Wahlen zum Parlament abzugeben. Die Wahl des Repräsentantenhauses und des Senats bleibt im Zuge des Auszählungsprozesses ein Kopf-an-Kopf-Rennen zwischen der aktuellen Regierungskoalition unter Führung der Liberal Party und der oppositionellen Labor Party. Premierminister Malcolm Turnbull, der durch eine sogenannte „double dissolution“ die vorgezogenen Wahlen beider Kammern erreicht und im Wahlkampf auf wirtschaftspolitische Themen gesetzt hatte, musste herbe Verluste hinnehmen. Ob die Liberal Party die Mehrheiten für eine Regierungsbildung erreicht hat, ist auch zwei Tage nach der Wahl noch ungewiss. Australien steuert auf ein politisches Patt zu.

Noch läuft die Stimmauszählung in Down Under und das Ergebnis ist so knapp, dass mit der Verkündung des Wahlsiegers bis zur Auszählung aller Briefwahlstimmen abgewartet werden muss. Nach bisherigen Hochrechnungen¹ besetzt die Koalition aus Liberal Party, National Party und Liberal National Party 68 der 150 Sitze im Repräsentantenhaus. Die Labor Party unter Herausforderer Bill Shorten kommt bisher auf 67 Sitze. Für eine Mehrheit sind 76 Sitze notwendig. Jeweils ein Sitz geht zudem an die Grünen, das neu angetretene Team unter dem „Anti-Politiker“ Nick Xenophon, Bob Katters Kat-

ter's Australian Party² und zwei parteilose Abgeordnete. Auch wenn das Ergebnis in zehn Wahlkreisen noch nicht feststeht, der Zugewinn von zwölf Sitzen für Labor ist eine herbe Niederlage für Turnbull und bringt ihn um eine stabile Regierungsmehrheit im Unterhaus - wenn nicht gar um den Wahlsieg.

Entscheidend für die Regierungsfähigkeit im australischen Zweikammersystem ist zudem die Sitzverteilung im Oberhaus. Hier verfügt die Nationalliberale Koalition bisher über 27 Senatoren, Labor hält 25. Für die notwendige Mehrheit von 39 Senatoren sind wie schon im letzten Senat die Grünen sowie die sogenannten „crossbencher“ (diejenigen Abgeordneten, die weder fest mit der Regierung noch der Opposition stimmen) die Königsmacher. Mindestens sechs grüne Senatoren werden im neuen Oberhaus vertreten sein. Gewinner der Wahl sind die Mikro-Parteien und Unabhängige: die rechtspopulistische Pauline Hanson aus Queensland erlangte mit ihrer „One Nation“-Partei einen Senatorenposten und auch die ebenfalls dem rechten Spektrum zuzuordnende Jaquie Limbie zieht für Tasmanien in den neuen Senat ein. Nick Xenophon, im bisherigen Oberhaus als einzelner Senator vertreten, erlangte mit seinem Nick Xenophon Team drei Sitze. Eine Blockierung des Par-

² Katter's Australia Party wurde 2011 von Bob Katter gegründet. Seit 1993 sitzt dieser für den Wahlkreis Kennedy (Queensland) im Repräsentantenhaus, zunächst für die National Party und von 2001 bis zur Parteigründung als parteiloser Abgeordneter. Er vertritt eine konservative, im Wirtschaftsbereich stark protektionistische Haltung.

¹ <http://www.abc.net.au/news/federal-election-2016/>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SINGAPUR

DR. BEATRICE GORAWANTSCHY
KATHARINA NAUMANN

Juli 2016

www.kas.de

www.kas.de/politikdialog-asien

laments durch Parteilose und Mikro-Parteien hatte Turnbull durch die Neuwahl des kompletten Oberhauses eigentlich beenden wollen.

Im April hatte der Senat zum wiederholten Mal ein Gesetz zur Reform der Bauaufsicht, das das Repräsentantenhaus bereits passiert hatte, abgelehnt. Damit sah Turnbull sich veranlasst, mittels einer sogenannten „double dissolution“ - zuletzt angewendet 1987 - beide Kammern des Parlaments auflösen und neu wählen zu lassen.³ Die 150 Abgeordneten des Repräsentantenhauses werden in Wahlkreisen nach dem Mehrheitswahlrecht für drei Jahre gewählt. Im Senat ist jeder der sechs Bundesstaaten (New South Wales, Victoria, Queensland, Tasmania, South Australia, Western Australia) mit zwölf Senatoren vertreten, die beiden Territorien (Australian Capital Territory, ACT, und Western Territory) mit jeweils zwei. In der Regel werden die 76 Senatoren im Verhältniswahlrecht für sechs Jahre gewählt, alle drei Jahre finden Wahlen für die Hälfte der Sitze des Senats statt. Nach der nun erfolgten Neuwahl des gesamten Oberhauses wird die Hälfte der Mitglieder zu Senatoren „2. Klasse“ mit einer Amtszeit von drei Jahren. Wenn keine der beiden großen Parteien die Mehrheit der Sitze im Repräsentantenhaus erhält und damit die Situation des sogenannten „hung parliament“ eintritt, besteht die Möglichkeit der Bildung einer Minderheitsregierung.

Australiens „Marathon“-Wahlkampf

Siegessicher startete Malcolm Turnbull in den mit 8 Wochen längsten Wahlkampf seit 50 Jahren und machte mit der Verkündung des Baus von 12 U-Booten durch die französische Staatswerft DCNS im wirtschaftsschwachen South Australia den Auftakt. Wirtschaftswachstum, solide Haushaltsführung und Stabilität waren die Schlagworte der Liberal Party, die so die Diversifizierung und das Wachstum der stark auf den Bergbau ausgerichteten australischen Wirtschaft bewältigen will. Ziel ist eine Stärkung des

privaten Wirtschaftssektors mittels Senkung der Unternehmenssteuern von aktuell 28-30 Prozent auf 25 Prozent. 48 Mrd. AU\$ sollen auf diese Weise den australischen Firmen zugutekommen. Die Labor Party positionierte sich mit einem Programm in den Bereichen Bildung und Gesundheit, wobei das wirtschaftliche Wachstum durch staatliche Investitionen in diesen Bereichen angekurbelt werden soll.

Nachdem Einwanderungsminister Peter Dutton vor Flüchtlingen gewarnt hatte, die „weder schreiben noch rechnen können, weder in ihrer eigenen Sprache und erst recht nicht auf Englisch“, nahm der anfänglich rein auf sozioökonomische Themen konzentrierte Wahlkampf mit einem Schlagabtausch zur Flüchtlingspolitik an Fahrt auf. Das Thema eignete sich gerade für die Konservativen, den sinkenden Umfragewerten, die sich in den ersten Wochen gezeigt hatten, entgegenzuwirken. Zweieinhalb Jahre zuvor hatte Tony Abbott die Wahl vor allem mit dem Versprechen gewonnen, die Flüchtlingsboote zu stoppen. Auch Malcolm Turnbull setzte sich nun als „einzig wahrer Beschützer von Australiens Grenzen“ in Szene. Bill Shorten nutzte die Aussagen, der Regierung menschlichen Anstand abzusprechen und sprach von einer „Angstkampagne“. Grundsätzlich steht Labor jedoch hinter der rigiden Flüchtlingspolitik, weshalb sich die weiteren Reaktionen auf die Ankündigung beschränkten, im Rahmen des Umsiedlungsverfahrens des UN-Flüchtlingshilfswerks jährlich 27.000 (statt bisher 13.000) Flüchtlinge aufnehmen zu wollen.

Was Shorten seinem Konkurrenten vorwarf, nutzte er im weiteren Verlauf selbst als Wahlkampfinstrument. Er erklärte, Turnbull hege einen „geheimen Plan“ zur Privatisierung der Krankenversicherung nach US-amerikanischem Vorbild, da dieser angekündigt hatte, ineffiziente nichtmedizinische Verwaltungsleistungen outsourcen zu wollen und brandmarkte so das Medicare-Programm der Liberal-Party als „mediscare“. Auch das Ergebnis des EU-Referendums in Großbritannien versuchte Shorten negativ auf die Liberal Party zu beziehen, indem er Parallelen zu Camerons

³ In Australien besteht Wahlpflicht.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SINGAPUR

DR. BEATRICE GORAWANTSCHY
KATHARINA NAUMANN

Juli 2016

www.kas.de

www.kas.de/politikdialog-asien

Conservative Party zog und vor den politischen Folgen einer unvereinten Regierungspartei warnte. Fünf Premierminister haben seit 2010 Down Under regiert. Da für eine Abberufung nur eine einfache Mehrheit in beiden Kammern notwendig ist, führten parteiinterne Machtkämpfe zum Wechsel von Labors Kevin Rudd zu Julia Gillard, die wiederum von Kevin Rudd gestürzt wurde. Nach Tony Abbotts Wahlsieg der Koalition im September 2013 hatte sich der Investmentbanker Malcolm Turnbull im September letzten Jahres ebenfalls in einem parteiinternen Machtkampf gegen ihn durchgesetzt. Turnbulls Appell an die Wähler, in unsicheren Zeiten auf politische Stabilität und wirtschaftliche Kompetenz zu setzen, verfiel dagegen – scheinbar – in Australiens Bevölkerung. Nach dem „Brexite-Wochenende“ stiegen die Umfragewerte und zeigten erstmals eine Präferenz für die Koalition, ein Trend, der dann letztlich im Wahlergebnis nicht bestätigt wurde.

Insgesamt bewerteten Analysten den „Marathon“-Wahlkampf von Labor Party und Liberal Party als langweilig. Turnbull hatte Schwierigkeiten, den Wählern die Vorteile seiner wirtschaftspolitischen Vorhaben zu erklären, Labor schaffte es nicht zu erläutern, wie sie kurz- und mittelfristig für wirtschaftliches Wachstum sorgen wollen. In TV-Interviews und im Fernsehduell konnten beide Kandidaten nicht punkten. Bill Shortens auf Negatives fokussierende „scare campaign“, in der er vor Privatisierung der Krankenversicherung, Zerrüttung der Liberal Party und einem Referendum zu gleichgeschlechtlichen Ehen warnte, führte am Ende aber wohl zum Erfolg. Mindestens 12 Sitze konnten sie hinzugewinnen.

Neben der Labor Party und der Liberal Party gibt es in Australien eine Vielzahl von kleinen und Kleinst-Parteien und unabhängigen Kandidaten für Senatorenposten; diese haben bei den aktuellen Wahlen erneut viele Wähler angesprochen. Als Alternative zu den seit jeher dominierenden politischen Kräften erhielten die Grünen in den letzten Jahren immer größeren Einfluss. Die linksgerichtete Green Party unter Führung von Richard Di Natale, ist mit mindestens sechs Senatoren im Oberhaus vertreten. In der

Flüchtlingspolitik bieten sie eine Alternative zum von Labor und Liberal Party gemeinsam verfolgten harten Kurs gegenüber Bootsflüchtlingen und setzen darüber hinaus auf Umweltthemen. Denn trauriger Protagonist des diesjährigen Wahlkampfes war das Great Barrier Reef, Australiens einzigartiges Ökosystem und Touristenmagnet. Über 90 Prozent des längsten Riffs der Welt sind von Korallenbleiche, ausgelöst durch zu hohe Wassertemperaturen, erfasst und Teile des Riffs sind bereits komplett abgestorben. Turnbull und Shorten versprachen einen Fonds von 1 Mrd. AU\$ für Projekte, die die Wasserqualität verbessern und Emissionen verringern sollen, die Grünen verfolgen einen breiteren Ansatz und wollen Kohlebergwerke stärker besteuern und die daraus gewonnenen Einnahmen für erneuerbare Energien einsetzen. Als Alternative zum politischen Establishment präsentierte sich auch der „Anti-Politiker“ Nick Xenophon, ein parteiloser Senator aus South Australia's Hauptstadt Adelaide. Seit acht Jahren in der nationalen Politik präsent ist er dem sozialliberalen Spektrum zuzuordnen. Er spricht sich gegen Freihandel, für gleichgeschlechtliche Ehen und aktive Klimapolitik aus und erlangte mit unkonventionellen Auftritten (eine Rede im Parlament hielt er im Schlafanzug) Aufmerksamkeit. In diesem Jahr traten als „Nick Xenophon Team“ zum ersten Mal in allen Bundesstaaten Kandidaten zur Senatswahl sowie für alle Wahlkreise im Staat South Australia an und erlangten damit drei Senatssitze und einen Sitz im Repräsentantenhaus. Einen Sitz im Senat konnte Pauline Hanson in Queensland ergattern. Die rechtspopulistische Politikerin, die bereits 1996 – 1998 mit einer gegen asiatische Einwanderung gerichteten Kampagne im Unterhaus vertreten war, erlangte nun mit islamfeindlichen Aussagen und der Forderung nach einem Burka-Verbot ihr politisches Comeback.

Herausforderungen für die neue Regierung

Welche Themen werden die Amtszeit der neuen Regierung nun bestimmen? Für die nächsten Jahre wird eine klare Priorität im Wirtschaftsbereich liegen. Seit 25 Jahren verzeichnet Australien ein kontinuierliches

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

SINGAPUR

DR. BEATRICE GORAWANTSCHY
KATHARINA NAUMANN

Juli 2016

www.kas.de

www.kas.de/politikdialog-asien

Wachstum und mit aktuell 3,1 % Wirtschaftswachstum, 5,7 % Arbeitslosigkeit und 1,3 % Inflation steht es auch in 2016 gut da. Allerdings löst die gesunkene Nachfrage aus China, das ein Drittel aller Exporte abnimmt, entsprechende Sorgen vor einer Abschwächung des Wachstums aus. Mit Eisenerz und Kohle als wichtigsten Exportgütern ist die Wirtschaft maßgeblich abhängig vom Bergbau. Aufgabe der nächsten Regierungen wird es sein, die kommenden Jahre der Transformation der australischen Wirtschaft - „from mining to dining“ - zu meistern.

Turnbull hatte angekündigt, dass im Falle seines Wahlsieges noch in diesem Jahr eine Volksabstimmung zur Legalisierung gleichgeschlechtlicher Ehen stattfinden solle, ein Thema, bei dem die Liberal Party gespalten ist. Turnbull selbst ist hier dem liberalen Lager zuzurechnen. Das Votum der Abstimmung soll für die anschließende Parlamentsabstimmung nicht bindend sein. Kritiker, vorneweg Bill Shorten, sehen das Referendum daher als unnötig an und befürchten, dass es sich als „steuerfinanzierte Plattform für Homophobie“ herausstellen könnte.

Auch das Thema Migration wird einen gewissen Stellenwert beibehalten. Die rigide Flüchtlingspolitik aus verschärften Grenzkontrollen sowie der Sammlung irregulärer Migranten in Lagern außerhalb des australischen Staatsgebietes steht immer mehr im kritischen Licht der australischen und internationalen Öffentlichkeit. Nachdem das Oberste Gericht in Papua Neuguinea ein dortiges Lager im April 2016 für illegal erklärt hatte, kann der Verbleib der etwa 850 Flüchtlinge nicht ewig ungeklärt bleiben. Als einer der ersten Unterzeichnerstaaten der Genfer Flüchtlingskonvention und als ein wohlhabendes Land erwarten nicht nur die Flüchtlinge, sondern auch die Nachbarn eine veränderte Haltung Australiens.

Im Bereich internationaler Herausforderungen wird die terroristische Bedrohungslage ein Topthema in Australien bleiben. Das Phänomen der „foreign fighters“ nimmt auch in Australien zu: etwa 100 Australier kämpfen derzeit in Syrien auf Seiten des Islamischen Staates. Besorgnis erregt zu-

dem die steigende Zahl radikalisierter Teenager. Seit einer Geiselnahme im Dezember 2014 in Sydney gab es auch auf australischem Boden mehrere Attentate von Einzeltätern und Festnahmen.

Im Kampf gegen den Klimawandel steht Australien vor großen Herausforderungen. In seinen nationalen Klimazielen hat das Land zugesagt, seine Emissionen im Zeitraum bis 2030 um 26-28 Prozent gegenüber 2005 zu senken. Davon ist es jedoch weit entfernt. Das Land hat unter den Flächenstaaten neben den USA die weltweit höchsten Kohlendioxidemissionen pro Kopf und mit den gegenwärtigen Anstrengungen würden die Emissionen 2030 um 27 Prozent über dem Ausstoß von 2005 liegen.⁴ Seit mehreren Jahren gibt es starke politische Kontroversen um eine angemessene Politik zur Reduzierung der Emissionen. Tony Abbott hatte seinen politischen Aufstieg nicht zuletzt seinem erbitterteren Widerstand gegen eine „carbon tax“, eine Kohlendioxidabgabe für Unternehmen, zu verdanken. Unter Turnbull hatte sich Australien während der UN-Klimaverhandlungen in Paris immerhin der „Koalition der Ambitionierten“ angeschlossen.

Eine nachhaltige Bewältigung dieser mannigfaltigen Herausforderungen – vor allem die Initiierung und Implementierung eines wirtschaftspolitischen Reformprogramms – bedarf dauerhafter politischer Stabilität und klarer Mehrheitsverhältnisse im australischen Parlament. Malcolm Turnbull ist im Wahlkampf mit dem Motto angetreten, gerade diese politische Stabilität in Zeiten wirtschaftlicher Unsicherheit herbeiführen zu wollen. Genau das Gegenteil ist eingetreten: die vorgezogenen Wahlen endeten in einem Votum, das die Unsicherheit der Wähler offenbart. Australien bleibt gespalten.

Dieser Länderbericht wurde am 4. Juli um 6.00 Uhr MEZ abgeschlossen.

4

<http://climateactiontracker.org/countries/australia>